



Politischer Dialog wirkt

© diegograndi – stock.adobe.com

Landtag beschließt Antragspaket zur zahnärztlichen Versorgung in Bayern

Wenn die Situation der Zahnärzte immer schwieriger wird, drohen Lücken in der flächendeckenden zahnmedizinischen Versorgung. Um dem entgegenzuwirken, hat die BLZK in den letzten Monaten den Dialog mit der Politik intensiviert. Im Ergebnis war die zahnmedizinische Versorgung im Sommer immer wieder auf der politischen Agenda in Bayern. Der Bayerische Landtag hat vor der Sommerpause ein Antragspaket der Regierungsfractionen mit dem Titel „Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern“ beschlossen.

Bereits bei ihrem Jahresauftaktbesuch führten Kammerpräsident Dr. Dr. Frank Wohl und BLZK-Vorstandsmitglied Dr. Frank Hummel den Vertretern des Arbeitskreises Gesundheit, Pflege und Prävention der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag die drängendsten Probleme der Zahnärzte vor Augen (siehe BZB 1–2/2024, S. 13). Der Vorsitzende des Arbeitskreises, Bernhard Seidenath, MdL, und die weiteren Abgeordneten zeigten großes Interesse an

Themen wie der überfälligen Anpassung des GOZ-Punktwertes, der Budgetierung zahnärztlicher Leistungen, dem anhaltenden Fachkräftemangel sowie Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung von Praxen im ländlichen Raum.

Mitglied im Arbeitskreis Gesundheit, Pflege und Prävention ist auch Dr. Andrea Behr, MdL, die als niedergelassene Zahnärztin die Situation aus eigener Er-

fahrung kennt. Mit ihren Landtagskollegen ergriff sie anschließend die Initiative und brachte ein Antragspaket der Regierungsfractionen auf den Weg. In der Woche der Kundgebung der BLZK auf dem Marienplatz stimmte der Gesundheitsausschuss des Landtages dem Antragspaket zu, und bei der dreitägigen Plenarsitzung vor der Sommerpause beschloss der Bayerische Landtag alle Anträge.

GOZ anheben, ZFA refinanzieren

Mit den beschlossenen Anträgen fordert der Landtag die Bayerische Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Reform und Modernisierung von GOÄ und GOZ einzusetzen. Dies sei angesichts der massiven Kostensteigerungen für Arzt- und Zahnarztpraxen von bis zu 42 Prozent allein in den vergangenen fünf Jahren dringend erforderlich. Weitere Forderungen, die der Landtag letztlich an die Bundesregierung adressiert, sind eine höhere Vergütung der Parodontistherapie sowie anderer Präventionsleistungen und eine Verbesserung der Situation der Kinderzahnärzte. Ebenfalls über die Staats- an die Bundesregierung richtet der Bayerische Landtag das Anliegen, dass die Kostenträger die Tarifabschlüsse der Zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA) vollständig refinanzieren.



BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl (3. v. l.) und BLZK-Vorstandsmitglied Dr. Frank Hummel (4. v. l.) bei ihrem Treffen zum Jahresauftakt mit den Vertretern des Arbeitskreises Gesundheit, Pflege und Prävention im Bayerischen Landtag (v. l.): Stefan Meyer, Sascha Schnürer, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, AK-Vorsitzender Bernhard Seidenath und Helmut Schnotz.

In ihrer Begründung führen die Antragsteller an, die ZFA stünden an der Spitze des Rankings der Berufe mit dem größten Fachkräftemangel, das die Bundesagentur für Arbeit 2022 veröffentlicht hat.

Ein weiterer neuer Landtagsbeschluss zielt darauf ab, dass die Bundesebene einen Praxiszukunftsfonds finanziert, um niedergelassene Ärzte und Zahnärzte bei der digitalen Transformation zu unterstützen. Unterdessen richtet sich ein eigenes Förderprogramm des Freistaates, der Digitalbonus, weiterhin ausschließlich an die gewerbliche Wirtschaft, Freiberufler und somit auch Zahnärzte sind davon ausgenommen. Die BLZK ist dazu seit Längerem mit dem Wirtschaftsministerium im Dialog.

Prognose über Bedarf an Zahnärzten beschlossen

Zwei Beschlüsse aus dem Antragspaket richten sich nicht an die Bundesregierung,



BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl setzte sich erneut für die notwendige Anpassung der GOZ ein.

sondern direkt an die Bayerische Staatsregierung – mit der Aufforderung, dem Landtag zu berichten: Zum einen soll die aktuelle Situation der Ausbildung von Zahnmedizinerinnen und Zahnmedizinern

in Bayern beleuchtet werden. Im Blickpunkt stehen dabei die Ausbildungszahlen, die Entwicklung der Arbeit in Teilzeit und der zukünftige Bedarf an Zahnmedizinerinnen. Im zweiten der beschlossenen Berichtsentscheidungen begrüßt der Landtag „die Anstrengungen vonseiten der Staatsregierung, der Bayerischen Landesärzteschaft Zahngesundheits (LAGZ) und der Landesärzteschaft zur Förderung der Mundgesundheits in der Pflege (LAGP), die Zahngesundheits von Kindern und Jugendlichen sowie auch von Pflegebedürftigen zu fördern“. Weiter wird die Staatsregierung darin aufgefordert, dem Landtag über die erzielten Fortschritte sowie die aktuellen Herausforderungen zu berichten und hierbei auch auf die sogenannten Kreidezähne einzugehen.

Julika Sandt
Leiterin der Stabsstelle Politik der BLZK

ANZEIGE

Rundschreiben und Newsletter

Wollen Sie die Rundschreiben und Newsletter der Bayerischen Landes Zahnärztekammer zukünftig digital erhalten?

Melden Sie sich hier an:

digital.blzk.de



ANMELDEN



Bayerische
LandesZahnärzte
Kammer